



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

E/V/176

1. August 1950

Hinweise  
auf den Inhalt:

Uran - Hintergründe der belgischen Königskrise	S.1
Einst flossen Milch und Honig -Geflüchtete berichten über die CSR -	S.3
Deutsches Debut in Strassburg -Zur Tagung des Europarates-	S.5
Nachrichten aus der Ostzone	S.6

## Es ging nicht nur um Leopold

(with.) Der endliche Verzicht Leopolds III. zugunsten seines Sohnes klärt nicht nur die monarchischen Verhältnisse auf dem belgischen Thron. Ungenannt, aber im Hintergrund stark wirkend, schwebte über den Tagesstreit um die Kapitulation, das Verhalten des Königs in der Gefangenschaft und seine "unebenbürtige Heirat", die politisch eminent wichtige und wohl etwas unbedachte Erklärung Leopolds, dass alle seit 1940 durch die belgische Exilregierung vorgenommenen Handlungen nichtig seien, wenn sie nicht durch die neue Regierung und ihn bestätigt würden. Daraus konnten sich nicht nur innerpolitische Spannungen ergeben, es bedeutete auch, dass alle von Belgien bis heute abgeschlossenen zwischenstaatlichen Abkommen rechtsungültig wären.

Wenn auch anzunehmen war, dass eine formelle Bestätigung aller ergangenen Gesetze und abgeschlossenen Verträge hätte erreicht werden können, so war man doch nicht sicher, ob nicht bei diesem oder jenem Gesetz oder Abkommen Vorbehalte bezüglich des materiellen Inhalts gemacht worden wären. So hat z.B. 1944 die belgische Regierung ein Geheimabkommen mit den USA und England geschlossen, das den beiden Mächten die gleichen Ansprüche wie Belgien auf die reichen radioaktiven Erze in Belgisch-Kongo einräumte. Auch dieser Vertrag wäre der Erklärung Leopolds gemäss nichtig geworden. Wahrscheinlich hätte Leopold den Vertrag in seiner bestehenden Form bestätigt. Dennoch konnten und können weder Amerika noch

England im gegenwärtigen Augenblick ein Interesse daran haben, dass die innerbelgischen Unruhen eine Form annehmen, dass auch das Kongogebiet in Mitleidenschaft gezogen werde. Belgisch-Kongo war, bevor es Kolonie wurde, Privatbesitz der belgischen Könige und auch Leopold ist heute noch wesentlich an den dort arbeitenden Unternehmungen beteiligt.

Es bestand also durchaus die latente Gefahr, dass bei längerer Dauer des Königsstreites die Streikunruhen auch auf diese Unternehmungen übergreifen würden. Eine baldige Beilegung der Krise lag deshalb nicht nur im innerpolitischen Interesse Belgiens, sondern auch im weltpolitischen. Denn Belgisch-Kongo ist infolge seiner reichen Uranvorkommen, seiner Zinn-, Kupfer- und Kobaldproduktion zum strategisch wichtigsten Kolonialland der westlichen Welt geworden.

Man kann daher annehmen, ohne die Entschlossenheit der belgischen Arbeiterschaft und ihre Kompromisslosigkeit in der Königsfrage zu schmälern, dass Leopold seinen Rücktritt nicht ohne Einwirkung der an dem Geheimabkommen über Belgisch-Kongo beteiligten Mächte beschlossen hat. Diesen Mächten konnte an einer Diskussion über den Vertrag nichts gelegen sein; eine solche Diskussion war aber unvermeidlich, wäre Leopold auf dem Thron geblieben. Seit die belgische "Union du Haut Katanga" 1923 die Konzession zur Ausbeutung der 1913 in Chinolowe entdeckten Uranerzvorkommen erhielt, wird alles, was mit diesen Vorkommen zusammenhängt, mit dem Schleier des Geheimnisses umgeben. Bekannt ist lediglich, dass 1930 etwa 60 Prozent der Weltradiumerzeugung - das sind etwa 60 g - in Belgisch-Kongo gewonnen wurden. Bekannt ist ferner, dass die USA von 1940 - 1944 rund 100.000 t Pechblende aus diesem Gebiet exportierten. Was aber die Vorkommen selbst, die Art der ausbaufähigen Erze und ihre Lagerung anlangt, das ist für die Öffentlichkeit auch heute noch völlig in Dunkel gehüllt. Und dieses Dunkel zu wahren, dürfte den interessierten Mächten schon einen König wert gewesen sein.

Einmal flossen Milch und Honig....

F.T. Was die Kommunisten aus der Tschechoslowakei gemacht haben- dem Land, von dem einmal gesagt wurde, dass dort Milch und Honig fließen, illustriert der Bericht eines Prager Flüchtlings nach seinem Eintreffen im Westen. Am stärksten beeindruckte ihn hier die Fülle der Bedarfsgüter, sodass er zuerst von der wirtschaftlichen Armut seines Landes erzählte.

Sie zeigt sich am anschaulichsten durch einen Vergleich des Einkommens mit den Preisen einiger Bedarfsartikel. Der Durchschnittslohn eines Facharbeiters beträgt 600-800 Kronen wöchentlich, der eines Angestellten zwischen 3500 bis 4200 Kronen monatlich. Gegen Abgabe von Lebensmittelkarten kostet ein Mittagessen 25-30 Kronen (ohne Karten rund 60 Kronen), wobei nicht mehr als 100 g Fleisch pro Essen verbraucht werden dürfen. 100 g Salami kosten 80 Kronen und 100 g Bonbon 44 Kronen. Ein Paar Jas-(früher Bata-)Schuhe, wofür von den 120 Punkten der jährlichen Kleiderkarte allein 44 abzugeben sind, kostet 850-900 Kronen, ein Paar Socken 25 Kronen (frei: 60 Kronen). Für einen Meter Anzugstoff auf Bezugschein, den wieder nur Menschen mit Beziehungen erhalten, müssen rund 1800 Kronen (also fast drei Wochenverdienste) und für ein einfaches Motorrad 62.000 Kronen (14 Monatseinkommen) bezahlt werden. Viele industrielle und technische Artikel sind einfach unbezahlbar oder überhaupt nicht zu erhalten.

Wie überall in den sowjetischen Satellitenstaaten, gibt es auch in der Tschechoslowakei sogenannte Staatsläden, in denen die Preise sehr hoch und Valuten und Gold die am meisten begehrten Zahlungsmittel sind. Nur wirklich Vermögende können dort kaufen. Obwohl der Staat an hohen Umsätzen seiner Läden interessiert ist, werden die Käufer in diesen Läden ständig von Agenten des Staatssicherheitsdienstes (die Prager nennen diese Einrichtung bezeichnenderweise Gestapo) überwacht. Wer sich dabei erwischt lässt, viel Geld auszugeben, kann mit Sicherheit mit seiner Verhaftung rechnen, aus der

er erst wieder entlassen wird, wenn er dem SSD eine befriedigende Auskunft über die Herkunft seines Geldes gegeben hat.

Arbeit und Arbeitszeit sind strengen Bestimmungen unterworfen. Wem das Mißgeschick widerfährt, dreimal im Monat zu spät zu kommen, wird als Saboteur angeklagt. Die Mindeststrafe für diese Art Betriebs sabotage beträgt zwei Jahre Zuchthaus, die im Begnadigungswege in mehrere Jahre Arbeit in Bergwerken umgewandelt werden kann. Überstunden und Sonntags-Arbeit, die ständig gefordert wird, wird seit fünf Monaten nicht mehr entlohnt. Seit einiger Zeit werden von der gesamten Bevölkerung unentgeltliche "Brigadearbeiten für das Vaterland" verlangt, und wehe dem, der sich diesem Dienst zu entziehen versucht.

Niedrige Löhne und hohe Preise sowie Nichtbezahlung der Überstunden machen das Geld zu einer Karität. Die kommunistische Elite ist davon nicht betroffen, denn sie bezieht Monatsgehälter, die zwischen 25 000 und 30 000 Kronen liegen.

Seit einiger Zeit sehen sich auch die Landwirte starken staatlichen Druck gegenüber: die Landwirtschaft soll kolchosiert werden. Dies wird mit der Notwendigkeit begründet, durch die Besatigung der Feldraine neuen Ackerboden zu gewinnen. Und dabei liegen Tausende von Hektar in Gebieten brach, aus denen die Sudetendeutschen vertrieben wurden. Landwirte sollen künftig nicht mehr als 20 Hektar Boden besitzen. Die dieses Maß übersteigenden Flächen werden den Kolchosen einverleibt. Enteignet werden auch alle jene Landwirte, die nicht in der Lage sind, die ihnen vorgeschriebenen Mengen an staatlichen Erfassungsstellen abzuliefern. In dieser Hinsicht wurde ein System entwickelt, durch das jeder den Kommunisten missliebig gewordene Landwirt enteignet werden kann.

Die Unzufriedenheit mit diesen Zuständen ist ständig im Wachsen. Das erklärt auch die endlose Kette der Hochverratsprozesse. Wie es dabei zugeht, illustriert folgendes Beispiel: Herr Robic, ein alter Kommunist, der von seiner Gewerkschaft zu einer Tagung in Holland delegiert wurde, lehnte es ab, ins Ausland zu reisen. Kurz darauf wurde er abgeholt und blieb verschollen. Erst als er als Zeuge in einem Monstreprozess gegen angebliche Trotzlisten auftrat, erfuhren seine Angehörigen von seinem Schicksal. Nun wurde auch er unter der Beschuldigung, Agent einer ausländischen Macht zu sein, unter Anklage gestellt.

Deutsches Debut in Straßburg

-dt. Am 7. August wird in Strassburg der Europarat zusammentreten. Zum erstenmal werden an den Sitzungen deutsche Delegierte teilnehmen; es ist zugleich das erste öffentliche Auftreten deutscher Volksvertreter vor einem internationalen, überparteilichen Forum nach langen Jahren der Isolierung. Zwar ist der deutsche Einzug in Straßburg mit einem erheblichen Mangel behaftet, denn die Deutschen sind den anderen Nationen nicht gleichberechtigt, aber man hat sich damit in der Hoffnung auf einen baldigen Szenenwechsel abgefunden; der eine leicht, der andere schwerer.

Mit der am 20. Juli vom Bundestag angenommenen Europa-Entscheidung hat sich die deutsche Delegation einen rhetorisch wohlklingenden Auftritt gesichert, aber es ist, soviel guten Willen sie auch verrät, doch nur eine Entschliessung, wenngleich sie mit dem Vorschlag eines europäischen Bundespaktes, übernationaler Bundesgewalt, sozialer Gerechtigkeit; gemeinsamer europäischer Aussenpolitik usw. konkrete Postulate enthält, die zu diskutieren lohnend wären. Dennoch könnte von den Deutschen in Straßburg auch die Anregung zu praktischer Arbeit ausgehen, wobei im Vordergrund zwei Fragen stehen, die nicht nur spezifisch deutsch sind.

Die erste dieser Fragen betrifft das Kriegsgefangenenproblem. Die deutschen Anstrengungen auf diesem Gebiet, kürzlich erst in einem Appell des Bundestages an Russland zum Ausdruck gebracht, sind eine internationale Unterstützung wert. Ein ähnlicher Appell wie der des Bundestages wäre ein aktueller Auftakt für die Absicht des Europarats, die Menschenrechte neu zu deklarieren. In abgewandelter Form könnte Straßburg auch an Frankreich appellieren, dessen Kriegsgefangenenpolitik im eigenen Land sehr kritischen Auseinandersetzungen unterworfen ist.

Das Vertriebenenproblem - als zweite Frage - wäre ein besonders dankbares Thema für Straßburg. Zwar wird das europäische, nicht nur das deutsche, Flüchtlingsproblem ohne finanzielle Hilfe Amerikan nicht gelöst werden können, aber es gibt innerhalb Europas einige Möglichkeiten (Erfahrungsaustausch, Entwicklung zurückgebliebener Gebiete durch Besiedelung, Heranziehung der Kolonien usw.), die im gesamteuropäischen Rahmen zu fördern und auszuschöpfen niemand mehr berufen scheint als der Europarat. Eine deutsche Initiative dazu könnte freilich einer gründlichen Vorbereitung durch das Bundesflüchtlingsministerium nicht entraten. Strassburg hätte ein Grund mehr für das Bundesflüchtlings-

ministerium sein können, eine Vertriebenenplanung zu betreiben und der internationalen Öffentlichkeit zu sagen, wie man sich in Deutschland selbst über die bisherigen karitativen Krücken hinaus eine Lösung des Problems denkt. So ausgestattet, hätte es der deutschen Delegation nicht schwer fallen dürfen, den Europarat in konkreter Form für das Problem zu interessieren. Da die Zeit für eine gründliche Vorbereitung für diese Sitzung zu kurz war, sollten zumindest für die nächste Tagung jetzt schon geeignete Schritte eingeleitet werden.

- - -

#### Nachrichten aus der Sowjetzone:

##### Sperrn an den "Friedens"-Grenzen

sp. Auf Anweisung der Sowjetischen Kontrollkommission wurde mit dem Ausbau von Sicherungen an der augenblicklichen deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenze begonnen. Pioniere der Volkspolizei legen Sperrn und Stacheldrahthindernisse im unübersichtlichen Gelände an. Beobachtungstürme werden errichtet, die mit Telefonen und drehbaren Scheinwerfern ausgestattet sind. Alle diese Maßnahmen werden mit der Notwendigkeit begründet, den Flüchtlingsstrom aus den Volksdemokratien nach Berlin zu unterbinden.

+

##### Erfurter Ballons für die Rote Armee

sp. Das Erfurter Werk des VEB "Kautschuk und Asbestindustrie" produziert seit Januar 1950 Pilot- und meteorologische Ballons. Es handelt sich um einen Geheim-Auftrag der Roten Armee. Seit Monaten läuft auch die Produktion von Fesselballonen. In den letzten Monaten ging eine weitere Lieferung von fünf Millionen Stück Luftballons nach Westdeutschland. Der Erlös dieses Verkaufs sollte der Kommunistischen Partei und ihrer Propaganda für die Nationale Front zufließen.

+

##### Bonner Grundgesetz - strengstens verboten

sp. Dem neuen Arbeitsplan der Volkshochschulen in der Sowjetzone liegt ein Rahmenlehrplan zu Grunde, der vor allem politische Themen analog den Schulungsthemen der SED vorsieht. Eines dieser Themen heisst: "Die Verfassung der DDR und das Bonner Grundgesetz". Den Referenten wurde ausdrücklich verboten, sich aus Westdeutschland ein Exemplar des Bonner Grundgesetzes zu beschaffen.

+

##### Kartoffelkäfer verursachen Lachsturm

sp. Auf einer SED-Versammlung in Leipzig sollte eine Protestresolution gegen das "Kartoffelkäferverbrechen der westlichen Imperialisten" angenommen werden. Nach Verlesung des Inhalts begann die Versammlung stürmisch zu lachen. Der SED-Redner drohte mit verschärfter Schulungsarbeit.

+++